

Spielt Islamismus im interreligiösen Dialog eine Rolle?

Dr. Friedmann Eißler, Stuttgart

Während dieser Beitrag entsteht, wird über einschneidende Auswirkungen der multiplen Krisen diskutiert, denen wir derzeit ausgesetzt sind. Die sonst so medienpräzente Debatte um Islam und Muslime, Integration, Partizipation, aber auch Islamismus und Radikalisierungsprozesse ist in den Hintergrund getreten. Allein das Thema Antisemitismus kommt kaum aus den Schlagzeilen, jüngst wegen antisemitischen Darstellungen im Rahmen der Documenta und unsäglich ahnungslos sich gebenden Akteuren.¹

Die Notwendigkeit, sich mit islamistischem Gedankengut und konkreten islamistischen Tendenzen in Europa und auch in Deutschland zu befassen, ist indessen weiterhin gegeben. „Der legalistische Islamismus ist in Deutschland auf dem Vormarsch. Sein Einfallstor ist die Bildung – sein Ziel die Errichtung eines islamischen Gottesstaats mit friedlichen Mitteln“, so wird ein Beitrag von Heiko Heinisch und Nina Scholz vor einiger Zeit in der FAZ angeteasert.² Die österreichische Regierung (aus ÖVP und Grünen) hat 2020 die Dokumentationsstelle Politischer Islam eingerichtet, die inzwischen eine ganze Reihe beachtlicher Publikationen zum religiös motivierten politischen Extremismus in diesem Bereich hervorgebracht hat.³ Im Bundesinnenministerium wurde unter Horst Seehofer kurz vor Ende der Wahlperiode ein multidisziplinärer „Expertenkreis Politischer Islamismus“ eingesetzt, der das Ministerium für die Dauer eines Jahres, wie es heißt, berät (2021-2022). Elf Expertinnen und Experten analysieren aktuelle und sich wandelnde Erscheinungen des politischen Islamismus aus wissenschaftlicher Perspektive und sollen Handlungsempfehlungen entwickeln.⁴ Solche Maßnahmen sind jeweils auch harscher Kritik ausgesetzt, denn es ist umstritten, wo faktenbasierte Informationen und Sachargumente kommuniziert werden und wo populistischer Aktionismus beginnt, der die Angehörigen einer einzelnen Religion diskriminiert.

Politischer Islam bzw. legalistischer Islamismus als Quelle von Radikalisierung

In Deutschland hat sich die Wahrnehmung des islamischen Extremismus von der Verengung auf die Frage der Gewaltbereitschaft (Dschihadismus, Terrorismus) gelöst und richtet sich stärker auf die Übergänge und auf die Quellen, aus denen sich Radikalisierung und Gewaltbereitschaft mit islamischer Begründung speisen. Zu Recht, denn die Gefahren aus diesem Spektrum bedrohen uns alle. Wenn hier von legalistischem Islamismus die Rede ist – die

¹ Einen Einblick gibt Hubertus Knabe, Antisemitische Propaganda unter dem Deckmantel der Kunst, Cicero 21.6.2022 (www.cicero.de/kultur/debatte-um-documenta-15-antisemitismus-propaganda-kassel). Die in diesem Artikel angegebenen Internetseiten wurden zuletzt am 9.7.2022 auf Aktualität überprüft.

² Die europäische Mission des politischen Islam, FAZ 13.9.2019 (www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/muslimbruderschaft-die-europaeische-mission-des-politischen-islam-16379528.html).

³ www.dokumentationsstelle.at/publikationen

⁴ www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/islamismus-und-salafismus/politischer-islamismus/epi-artikel.html; wie es mit dem Kreis weitergeht, scheint derzeit noch nicht geklärt.

Bezeichnung „politischer Islam“ ist verbreitet, jedoch noch problematischer⁵ –, sind diejenigen islamisch begründeten Haltungen und Handlungen im Blick, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf *politischem, legalem* Wege im Sinne des Ideals einer islamischen Gesellschaftsordnung zu beeinflussen, zu verändern oder zu beseitigen geeignet sind. Diese Bestrebungen sind grundsätzlich problematisch, unabhängig davon, ob sie bei der Verfolgung ihrer Ziele Gewalt als Mittel ablehnen oder nicht. Dabei muss immer in aller Klarheit hinzugefügt werden, dass nicht „der Islam“ den gesellschaftlichen Frieden bedroht, sondern bestimmte *politische Deutungen* des Islam und die aus ihnen abgeleiteten Handlungen.⁶

Islamismus und Dialog

Im interreligiösen Dialog distanziert man sich selbstverständlich und nachdrücklich von fundamentalistischen wie extremistischen Bestrebungen. Friedenspotenziale und Gemeinsamkeiten der Religionen stehen im Vordergrund der Bemühungen um ein gesellschaftliches Miteinander. Der Dialog – der in einem weiteren Sinne verstanden viele Möglichkeiten des Kontaktes und der Begegnung einschließt – will eine Kultur der Toleranz und Gewaltlosigkeit in Worten wie in Taten fördern.⁷

Teilweise wird das Thema Islamismus aktiv thematisiert, etwa in Fachkonferenzen und Akademietagungen,⁸ teilweise ragt es gleichsam dort in die Dialogbeziehungen mehr oder weniger spürbar hinein, wo im direkten Umfeld von meist verbandlich organisierten Dialogpartnern islamistische Tendenzen vermutet oder tatsächlich beobachtet werden.

Dies ist etwa im Zusammenhang der zunehmenden Instrumentalisierung des Islam durch den türkischen Präsidenten Erdoğan und die AKP und der politischen Verwerfungen in der Türkei der Fall, die die Verfolgung der Bewegung des türkischen Predigers Fethullah Gülen (Hizmet) nach sich ziehen oder sich in der neuerlichen Offensive gegen Kurden in Nordsyrien zeigen. Es tangiert Menschen im Dialog auch hierzulande. Konflikte in der Türkei haben Auswirkungen auf unseren Straßen und in unsere Dialogprozesse hinein.

DİTİB ist nicht nur der größte islamische Verband und über das türkische Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyamet) eng an die türkische Politik angebunden, sondern rückt seit Jahren auch näher mit der Muslimbruderschaft bzw. muslimbruderschaftsnahen Akteuren zusammen. So auch mit der Milli Görüş-Bewegung, die als türkische Variante der Muslimbruderschaft bezeichnet werden kann. Was da passiert, konnte man Anfang Januar 2019 erfahren, als sich wichtige Akteure des politischen Islam in Köln versammelten und ihre

⁵ Es gibt keine einheitliche Nomenklatur, jede Begrifflichkeit hat ihre Schwächen. Da selbstverständlich nicht nur der Islam, sondern alle Religionen bzw. die Angehörigen der Religionen auf die eine oder andere Weise politisch sind, ist „politischer Islam“ besonders erklärungsbedürftig.

⁶ Vgl. Friedmann Eißler, Was ist „politischer Islam“?, in: Materialdienst der EZW 4/2020, 251-264.

⁷ S. beispielsweise V. Meißner u. a. (Hg.), Handbuch christlich-islamischer Dialog. Grundlagen – Themen – Praxis – Akteure, Freiburg i. Br. u. a. 2014; Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive. Ein Grundlagentext des Rates der EKD, Gütersloh 2015.

⁸ Das hat stark abgenommen, um Stigmatisierungen vorzubeugen, s. aber z. B. die Tagung der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart „Islamismus in Deutschland – Quo vadis?“ am 14. und 15. März 2022.

gemeinsame Linie darlegten.⁹ Die Abschlusserklärung der von DİTİB und Diyanet organisierten Konferenz zur „Zukunft der Muslime in Europa“ mit mehr als hundert Teilnehmern aus 17 Ländern (auch aus dem ZMD-Umfeld) lehnt das Konzept eines „Islam in, aus und für Deutschland“ als eine „Einschränkung des Islams“ explizit ab und fordert dazu auf, „gemäß kollektivem Bewusstsein zu handeln“, die Fragen und Probleme der in Europa lebenden Muslime im Rahmen der islamischen Tradition zu lösen und „hierfür ihre eigenen Dynamiken“ einzusetzen. Wie häufig in Äußerungen islamistischer Organisationen wird ein Antagonismus zwischen „dem Westen“ und „dem Islam“ beschworen. Integrationsperspektiven wird unter diesen Vorzeichen eine klare Absage erteilt.

Annäherung der Religionen als Kompromittierung des Islam?

Die türkische Religionsbehörde Diyanet verurteilte in einem umfangreichen Gutachten von 2016 die Gülen-Bewegung (Hizmet) nicht nur auf der staatlichen Linie als FETÖ „Fethullah Terrororganisation“ und PDY (Paralel Devlet Yapılanması, „Parallelstaatstruktur“), sondern bringt die Vorwürfe mehrfach mit dem interreligiösen Dialog in Verbindung: Die Gülen-Bewegung habe „die trügerischen Schritte des interreligiösen Dialogs und des weichen Islam eingeleitet“, suche die Nähe zu Nichtmuslimen (ein „extrem perverser Begriff von Dialog“), ächte jedoch Muslime, die nicht zur Bewegung gehörten. Dies sei unislamisch, da der Koran umgekehrt fordere „den Ungläubigen gegenüber hart, zueinander aber barmherzig“ zu sein (Sure 48,29). Eine Annäherung an „die christliche Kultur“ und das Streben nach Anerkennung im Westen wird als inakzeptable Kompromittierung des Islam gebrandmarkt.¹⁰

Andererseits war ein einmaliger Vorgang innerhalb der islamischen Verbände zu beobachten, der wie eine Reaktion auf zunehmenden Druck von außen aussah: Die Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG, früher IGD) musste ihre Mitgliedschaft im Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) seit Ende 2019 auf Beschluss dieses Verbandes zunächst ruhen lassen. Im Januar 2022 gab der ZMD den Ausschluss der DMG bekannt. Zugleich verbleiben einige Verbände als Mitglied im Zentralrat, die behördlich beobachtet werden und/oder extremistische Bezüge haben, wie das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) oder der größte ZMD-Mitgliedsverband ATİB.¹¹

Was braucht der Dialog?

Die knappen Hinweise müssen in diesem Rahmen genügen, um exemplarisch Verflechtungen anzusprechen, die – neben vielen anderen Aspekten – zum Kontext interreligiöser Dialoge gehören. Wenn man dies nicht einfach ignorieren will („Störe meine Kreise nicht“), stellt sich die Frage nach dem Umgang mit dem politischen Islam bzw. dem legalistischen Islamismus auch in diesen Zusammenhängen.

⁹ Vgl. Friedmann Eißler, Erklärung europäischer Muslime in Köln, in: Materialdienst der EZW 2/2019, 65-66.

¹⁰ Vgl. Gutachten über die Gülen-Bewegung, Dokumentation 1+2, CIBEDO-Beiträge 1/2017, 20-30, und 4/2017, 183-188.

¹¹ Vgl. Näheres in der Studie Friedmann Eißler, Islamische Verbände in Deutschland. Akteure, Hintergründe, Zusammenhänge, EZW-Texte 260, Berlin 2019.

Grundsätzlich will der Dialog aufbauen, ermutigen, verbinden. Da kann es unbequem erscheinen, islamistische Tendenzen und dadurch verursachte Probleme anzusprechen. Zumal „Islamismus“ als Begriff unter Beschuss gerät, wo man ihn als Angriff auf „den Islam“ oder „die Muslime“ versteht und fehlende Selbstkritik im Blick auf die Schuldverstrickungen der eigenen Religion moniert. Kritik „stört“ den Dialog, wenn man diesen in erster Linie als konfliktfreie Kommunikation über Gemeinsamkeiten versteht. Kommen identitätspolitisch einseitige Schuldzuweisungen und das Denken in ethnischen Kollektiven hinzu, wird eine kritische Auseinandersetzung zusätzlich erschwert.¹² Versteht man als bedeutenden Teil des Dialogs hingegen das Wahr- und Ernstnehmen des Gegenübers einschließlich seines Selbstverständnisses sowie seiner strukturellen Verbindungen und Kommunikationszusammenhänge, gehört der transparente Umgang damit nicht nur zur Seriosität im Dialog, sondern zum Respekt für das Gegenüber. Das Abgleiten in *einseitige* Kritik (ohne Selbstkritik), ressentimentgeleitete Wahrnehmung, Abwertungen, pauschale Urteile etc. ist immer möglich. Die kritische Selbstwahrnehmung gehört daher gleichermaßen zum Dialog, der immer (auch) eine Gratwanderung zwischen „Wertschätzung und Kritik“ sein wird.¹³

Glaubwürdige Dialoge sind ohne (Selbst-)Kritik nicht möglich

Es ist eine Aufgabe des Dialogs, *jeder* Form von Hass, Rassismus und fundamentalistischem Absolutheitsanspruch entgegenzutreten. Das betrifft islamfeindliche Pauschalurteile und antiislamische Hetze ebenso wie islamistische Propaganda. Die salafitischen und weiteren islamistischen Einflüsse an den Rändern, aber auch bis in die Mitte von Moscheegemeinden hinein sind ernst zu nehmen und müssen gemeinsam erkannt und benannt werden. Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten und Islamfeinden ist es nicht, wenn kritische Debatten geführt werden, sondern wenn sie *nicht* geführt werden. Es geht an dieser Stelle nicht zuletzt um die Glaubwürdigkeit des Dialogs.

Politische Religion im Sinne der Partizipation religiös engagierter Menschen ist nicht nur kein Problem, sondern wünschenswert. Das gesellschaftliche Engagement mit religiöser Begründung ist in Deutschland Teil der demokratischen Kultur und geradezu notwendig. Ein politischer Islam ist daher keineswegs per se ein Problem. Übrigens wird weniger als ein halbes Prozent der Muslime von den Behörden als extremistisch eingestuft.

Die Sorge bezieht sich ausdrücklich nicht auf politisches Engagement in der demokratischen Gesellschaft, sondern auf die Aushöhlung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die möglichen Übergänge zur Gewalt auf der Grundlage eines zeitlos normativ verstandenen islamischen Systems, das als „die islamische Lebensweise“ über politische Akteure in der hiesigen Gesellschaft durchgesetzt werden soll. In dieser Hinsicht hat respektvoller

¹² Siehe die Debatte um die neu gewählte Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman. Für Impulse einer liberalen Ideologiekritik siehe den interessanten Diskussionsband: Sandra Kostner (Hg.), Identitätslinke Läuterungsagenda. Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften, Impulse. Debatten zu Politik, Gesellschaft, Kultur Bd. 1, Stuttgart 2019.

¹³ Friedmann Eißler, Wertschätzung und Kritik. Zur Aufgabe des christlich-islamischen Dialogs, in: Materialdienst der EZW 10/2018, 365-377.

Umgang durchaus eine kritische Dimension, die sich im freiheitlich und menschenrechtlich orientierten Kontext in erster Linie auf die Erhaltung der Bedingungen seiner selbst für alle Beteiligten beziehen wird.

Es kann am Ende auch eine Chance darin liegen, dass die „Islamthemen“ derzeit nicht zuoberst auf der Tagesordnung stehen. Etwas weniger öffentlicher Druck und mehr Spielräume für zwischenmenschliches Reden und Hören fernab der alltäglichen Aufregungsmaschinerie tut allen Beteiligten gut und macht vielleicht hier und da einen vertieften gemeinsamen Blick auf die grundsätzlichen Weichenstellungen im Dialog möglich.